Dänemark

Ditte Brasso Sørensen/Lykke Friis*

Die dänische Politik wurde im vergangenen Jahr von Krieg, Klimathemen und der Covid-19-Pandemie bestimmt. Insbesondere galt die politische Aufmerksamkeit dem russischen Überfall auf die Ukraine und, damit einhergehend, der Rolle Dänemarks innerhalb der europäischen Verteidigungsarchitektur wie auch dem Bestreben nach Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen. Trotz alledem ist die Covid-19-Pandemie noch nicht überwunden: Die Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie und die Kritik an den bisherigen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erhielten, insbesondere im Hinblick auf die vorgezogenen Parlamentswahlen, weitreichende politische Berichterstattung.

Krieg in der Ukraine: vertiefte Beziehungen zwischen Dänemark und der EU

Wladimir Putins Invasion der Ukraine war ein böses Erwachen für europäische Regierungen und eine Erinnerung an die Notwendigkeit sicherheitspolitischer Prioritäten in Zeiten geopolitischer Umwälzungen. Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg veröffentlichte die dänische Regierung im Zusammenschluss mit einer breiten Koalition einen „Nationalen Kompromiss über die dänische Verteidigungspolitik“[1].

Die Übereinkunft, die am 6. März bekanntgegeben wurde, umfasst drei Kernaspekte. Zum einen verpflichten sich die unterzeichnenden Parteien, den Verteidigungshaushalt bis spätestens 2033 auf die von der NATO ausgegebene 2-Prozent-Marke zu erhöhen. Zum anderen betont die Vereinbarung die Notwendigkeit zur Beschleunigung des Ausstiegs aus Erdgas als fossilem Brennstoff sowie das Ziel der vollständigen Unabhängigkeit von Energieträgern aus Russland. Drittens sprach sich der Kompromiss dafür aus, dass Dänemark sein „Opt-out“ aus der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgeben sollte, und forderte hierzu ein Referendum, das für Juni 2022 angesetzt wurde.

In ihrer Ankündigung des Referendums betonte die dänische Premierministerin Mette Frederiksen, dass „historische Ereignisse auch historische Entscheidungen erfordern“[2]. Der russische Angriffskrieg war sicherlich ursächlich für die dänische Entscheidung, mehr in die Landesverteidigung zu investieren und durch die Abschaffung der ESVP-„Opt-out“-Klausel die Zusammenarbeit mit Europa zu vertiefen. Es war aber auch die „Zeitenwende“-Rede des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, die diesen Schritt vorantrieb. Die deutsche Entscheidung, den Verteidigungshaushalt so deutlich zu erhöhen, wurde weithin als Ausdruck einer sich nun schnell verändernden Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in ganz Europa gewertet. Dänemark leistet durch seine Mehrausgaben für Verteidigung und die Ausrichtung eines Referendums einen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen

* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Büro der Ministerpräsidentin: Nationalt kompromis om dansk sikkerhed, 6.3.2022, abrufbar unter https://www.stm.dk/statsministeriet/publikationer/nationalt-kompromis-om-dansk-sikkerhedspolitik/ (letzter Zugriff: 10.8.2022).

2 Morten Skærebæk/Carl Emil Arnfred/Martin Juhl: »Historiske tider kalder på historiske beslutninger«: Danmark investerer massivt i Forsvaret og sender forbehold til folkeafstemning 1. juni, in: Politiken, 6.3.2022.

Verteidigungsgemeinschaft. Darüber hinaus unterstützt Dänemark mit aller Klarheit die Sanktionen gegen Russland sowie Waffenlieferungen an die Ukraine.

Am 1. Juni 2022 stimmte die Mehrheit der Dän:innen bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent für die Rücknahme des dänischen Verteidigungsvorbehalts von 1993. Zum ersten Mal in der dänischen Geschichte führte eine Volksabstimmung zur Umkehr einer Ausnahmeregelung und somit zu einer vertieften Integration Dänemarks in die EU.[3]

Die dänische Debatte schreckt seit jeher vor der Idee einer europäischen Armee und der Übertragung von Souveränität zurück. Die Gegner:innen des Referendums sahen daher in den Reden des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die die Notwendigkeit einer neuen europäischen Verteidigungsarchitektur angekündigt hatten, einen schrittweisen Souveränitätsverlust auf dem Weg zu einer allumfassenden Verteidigungsunion.

Angesichts der Tatsache, dass diese befürchtete europäische Armee noch in weiter Ferne liegt, und in Verbindung mit der Zusage der Befürwortenden des Referendums, dass ein Transfer von Hoheitsrechten ein neuerliches zweites Referendum erfordern würde, konnten die Wähler:innen schließlich überzeugt werden. Die außergewöhnlich ernste Gesamtlage zum Zeitpunkt des Referendums unterstrich dabei auch die Notwendigkeit europäischer Verbündeter in Krisenzeiten. Dass zur gleichen Zeit sowohl Schweden als auch Finnland einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft stellen wollten, wirkte noch einmal rückversichernd. Das Votum vom 1. Juni ist auch Indiz für die zunehmende Befürwortung der EU-Mitgliedschaft unter der dänischen Bevölkerung.[4]

Obwohl der Ausgang des Referendums ein wegweisender Schritt war, ist er nicht als eine grundlegende Umkehr der dänischen EU-Politik zu deuten. Frederiksen versprach in diesem Zusammenhang, die verbleibenden „Opt-outs“ nicht in weiteren Abstimmungen zur Disposition zu stellen. Sie hält ebenfalls an der sparsamen Haushaltspolitik sowie an Positionen zu Mindestlohn und Asyl fest, selbst wenn diese im Widerspruch zu den Prioritäten der EU stehen. Im Lichte der veränderten geopolitischen Lage hat sich Dänemark im Europäischen Rat im Juni 2022 dann, trotz einiger Skepsis, offiziell doch dafür entschieden, den Kandidatenstatus der Ukraine und der Republik Moldau zu unterstützen.

Klima: ein grünes Team Europa

Dänemark verfügt über eine lange Tradition fortschrittlicher Klimapolitik sowie einen hochentwickelten und global wettbewerbsfähigen grünen Technologiesektor. Die Kombination aus politischem Ehrgeiz und technologischem Know-how macht Dänemarks selbstgestecktes Ziel, Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu werden, glaubhaft. Dänemark erkennt zunehmend, dass seine eigene starke Klimabilanz in der EU auf große politische Resonanz für weitergehendes Klimaengagement trifft. Welche Bedeutung der EU als Arena für die dänische Klimapolitik dabei zukommen wird, zeigt sich sowohl im „Fit for 55“-Paket[5] wie auch in der entschlossenen politischen Haltung Europas, die russische Energieabhängigkeit zu überwinden und auf die Entwicklung von erneuerbaren Energien zu setzen.

3 In 2000 a referendum was held on the Euro opt-out and in 2015 the Danes voted on the justice- and home affairs opt-out. In both cases a majority of Danes voted to maintain the status quo.

4 Lizaveta Dubinka-Hushcha: Denmark’s relationship with Europe since 2000, in: Nordics.Info, 14.2.2020.

5 Europäischer Rat/Rat der EU: „Fit für 55“, abrufbar unter https://www.consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/fit-for-55-the-eu-plan-for-a-green-transition/ (letzter Zugriff: 10.8.2022).

In ihrer Neujahrsansprache 2022 betonte Frederiksen, dass die EU eine „Klima-Union" werden müsse.[6] Dänemark ist besonders daran gelegen, dass die EU ihre ehrgeizigen Klimapläne auch umsetzt. Es ist zu erwarten, dass während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft, in der zweiten Hälfte des Jahres 2025, die Klimapolitik im Mittelpunkt stehen wird. Das dänische Selbstverständnis als EU-Klimawächter äußerte sich ebenfalls in der Position, als einziger Mitgliedstaat gegen die Entscheidung gestimmt zu haben, die Landwirt:innen erlauben sollte, Saat auf vormaligen Brachflächen auszubringen.[7] In gleicher Weise lehnte Dänemark den Kommissionsvorschlag ab, Gas- und Kernenergieprojekte im Rahmen der EU-Taxonomie als nachhaltig einzustufen.[8] Auch die Entscheidung für den Nordseegipfel 2022 in Esbjerg,[9] zu dem die Regierungschef:innen Deutschlands, Belgiens, der Niederlande und Dänemarks sowie Kommissionspräsidentin von der Leyen eingeladen sind, zeigt die Bedeutung, die man der EU als gemeinschaftliche Plattform für die Erreichung nationaler, regionaler und globaler Ziele der grünen Transformation beimisst.

Wie effektiv Dänemark die europäische Arena für die Erreichung seiner Klimaziele zu nutzen vermag, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sehr es bereit ist, seine finanzpolitisch sparsame Haltung politisch neu zu überdenken. Dänemark gehört zusammen mit Schweden, den Niederlanden, Österreich und – zeitweise auch – Finnland zu der Gruppe von Mitgliedstaaten, die eine restriktive Haushaltspolitik verfolgen. Traditionell fordert Dänemark, die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt nicht zu erhöhen und tritt für eine strenge Auslegung der EU-Finanzvorschriften ein. Gerade kürzlich unterzeichnete Dänemark ein gemeinsames Positionspapier, in dem es sich gegen eine Aufweichung fiskalpolitischer Prinzipien im Rahmen der laufenden Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspakts stemmte.[10] Dieses dänische Spargebot wirkt sich auch spürbar auf die Entwicklung der EU-Klimapolitik aus. Zum Beispiel steht die dänische Regierung der Einrichtung des geplanten Sozial- und Klimafonds kritisch gegenüber. Dänemark verhindert mit dieser Sparpolitik einerseits also grüne Entwicklungsziele, andererseits aber auch seine eigene ehrgeizige Klimapolitik auf EU-Ebene. Weiterhin verhindert Dänemark dadurch auch eine effektive Unterstützung für die Ukraine, die beachtliche Mittel aus Europa benötigen wird. Gespräche zur Auflage eines EU-finanzierten Wiederaufbaufonds, der ähnlich dem Covid-19-Fonds (NextGenerationEU) gestaltet werden soll, haben bereits begonnen.

Covid-19: die politischen Kontroversen der Pandemie

Die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie steht weiterhin hoch auf der politischen Agenda, auch wenn die Berichterstattung darüber hinter den Krieg in der Ukraine und das Referendum zurücktreten musste. Im Laufe des Sommers 2021 begann die dänische Regierung die Beschränkungen im Zusammenhang mit Covid-19 schrittweise zu lockern und nahm am 10. September 2021 schließlich auch die Einstufung als schwerwiegende Bedrohung für die Bevölkerung zurück, wodurch alle Schutzmaßnahmen aufgehoben wurden.

6 Altinget: Mette Frederiksens nytårstale: EU skal være en klimaunion med Danmark som foregangsland, in: Altinget.dk, 2.1.2022.
7 Mie Olsen: Denmark decries EU decision to till fallow lands in face of food shortages, in: Courthouse News Service, 8.4.2022.
8 Global Times: Denmark and Spain oppose EU green lable for gas, nuclear, 22.2.2022.
9 Magnus Højberg Mernild: EU leaders convene in Esbjerg to harness the North Sea's green energy potential, in: State of Green, 11.5.2022.
10 Bjarke Smith-Meyer: Hopes of EU fiscal reform on the rocks after pushback from eight capitals, in: Politico, 9.9.2021.

Infolge der raschen Ausbreitung der Omikron-Variante und der Befürchtung einer Überlastung des Gesundheitssystems wurde Covid-19 allerdings am 11. November 2021 erneut als kritische Bedrohung eingestuft, und eine Reihe von Schutzmaßnahmen wurden wieder eingeführt. Da jedoch eine Entkopplung von Infektionsrate und Krankenhauseinlieferungen zu beobachten war, beschloss die Regierung kurzerhand, Beschränkungen wieder zurückzunehmen und auch die Gesundheitsbehörden bauten Testkapazitäten schrittweise ab.[11] Am 1. Februar 2022 wurde die kritische Gefahrenstufe ganz aufgehoben und ist seitdem auch nicht mehr ausgerufen worden. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern verfolgte Dänemark während dieser Zeit also eine recht agile Strategie – es führte Beschränkungen schnell ein, hob sie aber auch genauso schnell wieder auf.

Während die Regierung über den gesamten Zeitraum der Pandemie Anerkennung für ihr Management erhalten hatte, häufte sich nun die Kritik an ihren Entscheidungen und Fehltritten, sowohl unter den Koalitionspartnern als auch von Seiten der Opposition. Im Juni 2021 trat das dänische Pflegepersonal in den Streik, nachdem die Tarifverhandlungen zwischen ihrer Gewerkschaft und der Regierung keine Einigung erzielt hatten. Der Streik führte dazu, dass immer mehr Operationen verschoben werden mussten und erst ein Notstandsgesetz vom August 2021, das von einer Parlamentsmehrheit bestehend aus den regierenden Sozialdemokraten und der Opposition verabschiedet worden war, konnte diesen Zustand beenden. Sowohl die Pflegeberufe als auch die linken Koalitionspartner der Regierung kritisierten diesen Schritt heftig. Der Regierung war ebenfalls vorgeworfen worden, ihr Pandemiemanagement auf unvollständige Daten zu stützen, z. B. weil Statistiken diejenigen Patient:innen nicht separat ausgewiesen hatten, die eigentlich aus anderen Gründen ins Krankenhaus eingeliefert worden waren.

Den größten Zündstoff boten die zwar unbeabsichtigt aber doch grob irreführenden Aussagen der Premierministerin dazu, ob es rechtens gewesen sei, die gesamte dänische Nerzpopulation keulen zu lassen und die Nerzzucht für zwei weitere Jahre komplett zu verbieten. Dieser Beschluss war gefasst worden, weil befürchtet wurde, die Tiere könnten neue Virusvarianten verbreiten und somit die Wirksamkeit der Covid-19-Impfstoffe gefährden. Der veröffentlichte Bericht der eigens vom Parlament eingesetzten Nerzkommission vom Juni 2022 stellte dann fest, dass es keine Rechtsgrundlage für die Entscheidung gab. Die Kommission empfahl aber keine strafrechtlichen Konsequenzen, da sie hierzu keine Ermächtigung hatte.[12] Der Bericht veranlasste die Opposition, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Frederiksen einzuleiten. Auch wenn es keine Mehrheit dafür gab, forderte eine der Regierungsparteien nachdrücklich Neuwahlen und drohte mit einem Misstrauensvotum, sollte die Regierung dem nicht nachkommen, sobald das Parlament nach der Sommerpause im Oktober wieder zusammentreten würde. Diese jüngsten politischen Turbulenzen in Dänemark verdeutlichen, welch schwerwiegende politische Konsequenzen die Pandemie mit sich bringen kann, selbst wenn sie wirksam bekämpft wird.

Weiterführende Literatur

Christine Nissen et al: European Defence Cooperation and the Danish Defence Opt-Out, DIIS Danish Institute for International Studies, Kopenhagen, 23.4.2020.

Lykke Friis and Iben Tybjærg Schacke-Barfoed: Denmark's Zeitenwende, in: European Council on Foreign Relations, 7.6.2022.

11 Anders Reinholdt Jonssen: Ny strategi offentliggjort: „I behøver ikke længere at lade jer teste", in: TV2 Lorry, 10.3.2022.

12 Dänisches Parlament: Granskningsudvalget (GRA) Alm. Del., abrufbar unter https://www.ft.dk/samling/20211/almdel/GRA/bilag/46/index.htm (letzter Zugriff: 19.8.2022).